

Ideologie und Post-Marxismus¹

ERNESTO LACLAU

Ich wurde gebeten, den theoretischen Ansatz, den ich im Lauf der vergangenen zwanzig Jahre in verschiedenen Publikationen entwickelt habe, im Überblick darzustellen. Wenn ich nun im Folgenden den Versuch hierzu unternehme, so tue ich das mit dem Ziel, die Hauptkategorien der Diskurstheorie, wie sie von mir und einer Reihe anderer Wissenschaftler konzipiert wurde, möglichst systematisch miteinander zu artikulieren. Der Ertrag dieses Essays liegt also eher in der globalen Architektur dieser Artikulation als in den Einzelthesen, aus denen sich diese Architektur zusammensetzt.

Den Ausgangspunkt unserer Überlegungen bildete eine Ambiguität im marxistischen Geschichtsverständnis, die zwar oft dargelegt worden war, mit der man sich aber nach unserer Auffassung nicht so systematisch auseinandergesetzt hatte, wie sie es verdient gehabt hätte, und zwar die folgende: Geschichte war für Marx zuallererst ein vollkommen objektiver Prozess, der beherrscht wird vom Widerspruch zwischen sukzessiven Systemen von Produktionsverhältnissen, die die Gesellschaft organisieren, und der Entwicklung der Produktivkräfte. Den Inbegriff dieser objektivistischen Sichtweise bildet das ‚Vorwort‘ der *Kritik der Politischen Ökonomie*, wo gesellschaftliche Antagonismen eine eindeutig zweit-rangige Rolle spielen – als verzerrte Spiegelung einer zugrunde liegenden Notwendigkeitslogik. Andererseits aber behauptete der Marxismus, die Geschichte der Menschheit sei eine Geschichte der Klassenkämpfe gewesen, um eine berühmte Formulierung aus dem *Manifest* zu zitieren. Ich kam mehr und mehr zu der Überzeugung, dass es unmöglich ist, diese beiden Sichtweisen miteinander zu vereinbaren, und dass die so genannte ‚Krise des Marxismus‘ zu einem Großteil aus dieser Unmöglichkeit resultierte. Die objektivistische Sichtweise war ab

1 Dieser Beitrag ist im Original erschienen als: Ernesto Laclau (2006): „Ideology and post-Marxism“, *Journal of Political Ideologies* 11/2: 103-114. Der Herausgeber dankt Ernesto Laclau für die Überlassung des Textes und dem Verlag Taylor & Francis für die Genehmigung des Wiederabdrucks in deutscher Übersetzung.

den 1970er Jahren vollends diskreditiert. Die Arbeitswerttheorie, auf die sie gründete, erwies sich als von allerlei theoretischen Ungereimtheiten geplagt; die zentrale Voraussage, dass sich die Gesellschaftsstruktur immer weiter vereinfachen würde, wurde uneingeschränkt widerlegt; und die Komplexität gesellschaftlicher wie politischer Identitäten in der globalisierten Welt ließ Zweifel an einer engen, ‚klassenbasierten‘ Perspektive aufkommen.

Was ist aber mit der zweiten Sichtweise, die der rigiden Vorstellung gesellschaftlicher Beziehungen die Zentralität gesellschaftlicher Antagonismen – in Marx' Begriffen: den ‚Klassenkampf‘ – entgegenstellte? Obwohl die „Klassen“-Begrenztheit dieser Sichtweise sicher in Frage gestellt werden konnte, hatte doch die Bedeutung des antagonistischen Moments keineswegs an Relevanz verloren. Man musste, soviel war sicher, ein neues Bewusstsein dafür gewinnen, was die antagonistische Relation ausmacht; insbesondere war diese Relation auf eine Weise zu denken, die sie nicht just an jenen Orten fixierte, welche ihr durch die objektivistische Konzeption zugewiesen worden waren. Das war der Ausgangspunkt unseres Post-Marxismus.

Wie also ist die antagonistische Relation zu verstehen? Für die objektivistische Konzeption war dies eine völlig zweitrangige Frage, weil sich die Logik der Geschichte zwar *durch* die Antagonismen *hindurch entfaltete*, von ihnen aber nicht *konstituiert* wurde. Wenn Antagonismen jedoch als erst-konstitutiv für das soziale Gewebe begriffen werden, dann wird die Bestimmung ihres ontologischen Status zur zentralen theoretischen Aufgabe. In *Hegemonie und radikale Demokratie* (Laclau/Mouffe 1991[1985]) begannen wir mit dem Verweis auf die Unterscheidung Kants zwischen Realrepugnanz und Widerspruch, waren jedoch der Ansicht, dass beide nicht in der Lage sind, gesellschaftliche Antagonismen zu erfassen. Widersprüche bestehen, wie Kant ausführte, allein zwischen Begriffen. Deshalb konnte auch eine idealistische Philosophie wie die Hegels, die das Wirkliche auf Begriffe reduziert, Antagonismen als Widersprüche begreifen. Aber dies ist, wie die italienische Della-Volpe-Schule aufgezeigt hat, nicht kompatibel mit einer materialistischen Philosophie wie dem Marxismus, der von einer nicht-geistigen Verfassung des Wirklichen ausgeht. Obwohl wir mit den Della-Volpianern in dieser Hinsicht übereinstimmten, konnten wir ihrer zweiten These, wonach gesellschaftliche Antagonismen als Realrepugnanz zu verstehen seien, nicht folgen, und zwar aus dem einfachen Grund, dass Realrepugnanz nicht im Geringsten antagonistisch sind. Es ist nichts antagonistisch am Zusammenstoß zweier Steine. Wenn nun jedoch weder Widerspruch noch Realrepugnanz das erfassen können, was Antagonismen ausmacht, wie sollten wir letztere dann denken?

Hier nahm unser Ansatz eine radikale Wende. Während Widerspruch und Realrepugnanz objektive Relationen sind – zwischen begrifflichen Objekten im ersten Fall, zwischen realen Objekten im zweiten –, sind Antagonismen unseres Erachtens keine objektiven Relationen, sondern ein Art der Relation, in der sich die Grenzen jeder Objektivitätskonstituierung anzeigen. Weshalb ist das so? Aus ih-

rem je eigenen Blickwinkel ist für beide antagonistischen Kräfte ihr jeweiliger Gegner keine objektive Präsenz. Letzterer stellt somit auch nicht die eigene Identität (die der antagonistischen Kraft) als volle Identität her, sondern ganz im Gegenteil: Er repräsentiert das, was das Erlangen einer solchen Fülle unmöglich macht. Sofern wir die Perspektive der beiden antagonistischen Kräfte beibehalten, bedeutet dies auch, dass das Moment des Aufeinanderpralls – das alles andere als objektiv ist – anzeigt, dass Gesellschaften niemals einen Zustand völliger Objektivität erreichen können. Nur vom Standpunkt eines selbst objektiven Beobachters ließen sich Antagonismen als objektiv begreifen; dieser würde in ihnen den Ausdruck einer tiefer liegenden Objektivität sehen, die dem Bewusstsein der beiden konfligierenden Kräfte entgeht. Die hegelsche ‚List der Vernunft‘ übernimmt diese Aufgabe. Doch genau dieser Versuchung müssen wir widerstehen, wenn wir Antagonismen als *konstitutiv*, und nicht als *abgeleitet* betrachten wollen.

Das Verständnis des Antagonismus als *Grenze* der Objektivität ist jedoch nur ein Ausgangspunkt. In Verbindung mit dem Begriff der ‚Grenze‘ stellt sich sofort eine Reihe von Fragen. Auf einige möchte ich nun hinweisen. Beginnen wir damit, wie man sich die Grenze genau vorzustellen hat. Wenn das, was sich jenseits der Grenze befindet, derselben Art ist wie das, was sich diesseits befindet, hätten wir es nur mit einer Scheingrenze zu tun, die nichts anderes als eine interne Differenzierung innerhalb eines durchgehenden Raums der Repräsentation wäre. Eine *tatsächliche* Grenze sollte diesen Raum daher unterbrechen, sie sollte ihm gegenüber radikal *heterogen* sein. Wir haben daher den Begriff der ‚Heterogenität‘ eingeführt, der jedoch nicht selbsterklärend ist. Um zu verstehen, was dieser Begriff tatsächlich impliziert, muss man sich ihm über eine Reihe von Schritten annähern. Wir könnten mit einer transzendentalen Frage beginnen: Wie muss eine Entität verfasst sein, damit ihre Grenzen wirklich heterogen sind, damit sie also gleichbedeutend sind mit einer radikalen Unterbrechung des Raums der Repräsentation? Es gibt eine Bedingung für eine solche Unterbrechung: Der Spalt, der mit ihr einhergeht, darf keiner zwischen regionalen Feldern der Repräsentation sein – deren Ausdifferenzierung vollständig repräsentierbar bliebe. Vielmehr musste es sich um ein Aporie handeln, die im Innern des Repräsentationsprinzips als solchem angelegt ist. Diese Bedingung schließt bereits eine Reihe möglicher Kandidaten für das Paradigma des grundlegenden ontologischen Terrains aus. Alle Vorstellungen der Grenze, die diese auf *positive* Differenzen gründen, sind natürlich mit der Idee einer radikalen Grenze nicht kompatibel (positive Differenzen setzen einen gemeinsamen Grund voraus, auf dem sie sich konstituieren, können also nicht erfassen, was eine *radikale* Grenze ist). Aber aus demselben Grund sollten auch dialektische Widersprüche ausgeschlossen werden: Da die Voraussetzung jedes dialektischen Widerspruchs (A – nicht A) darin besteht, dass man in ‚A‘ alles hat, was für den Übergang in ‚nicht A‘ erforderlich ist, muss die Dialektik einen einzigen, durchgehenden Raum der Repräsentation postulieren, in dem dieser Übergang stattfinden kann. Heterogenität in dem radikalen Sinn, von dem wir ausgehen, ist weder mit Dialektik (basierend auf Wider-

spruch) noch mit einfachem Gegensatz (basierend auf Kontrarität) kompatibel. Damit erreichen wir erneut unsere obige Schlussfolgerung: Weder Widerspruch noch Realrepugnanz lassen sich mit dem Begriff der Grenze verbinden, wie ihn der auf radikaler Heterogenität basierende Antagonismus erforderlich macht. Benötigt wird ein ontologisches Terrain, auf dem das Scheitern, das in der Repräsentierbarkeit angelegt ist (das im Antagonismus gegenwärtige Moment des Aufeinanderpralls, das sich, wie ausgeführt, einer unmittelbaren Repräsentation entzieht), selbst repräsentierbar wird, wenn auch nur als Spur des Nicht-Repräsentierbaren im Repräsentierbaren (wie im Fall von Kants Noumenon: ein Gegenstand, der sich durch die Unmöglichkeit einer adäquaten Darstellung anzeigt).

Die transzendentalen Bedingungen des Terrains, in das die Vorstellung des Antagonismus – verstanden als Grenze der Objektivität – eingeschrieben werden kann, sollen nun genauer aufgeführt werden: Die erste und wichtigste Bedingung ist, dass das, was innerhalb eines solchen Terrains einschreibbar ist, über das Feld der objektiven Relationen hinausgehen muss (sonst wären wir auf die ausschließliche Alternative von Realrepugnanz und dialektischem Widerspruch festgelegt). Zweitens sollte in das Terrain nicht nur das eingeschrieben werden können, was repräsentierbar ist, sondern auch die ultimative, in ihrem Innern angelegte Unmöglichkeit der Repräsentierbarkeit selbst (sonst hätten wir das Feld der Objektivität nicht transzendiert). Drittens können die ‚Entitäten‘, die um die Grenze der Objektivität herum konstruiert werden, nicht *begrifflich* fassbar sein (nochmals: wenn sie es wären, wären sie positive Objekte). Viertens: Welche Art von Vorrang auch immer eine Entität gegenüber anderen genießt, es kann keiner sein, der schon in der Hierarchie eines genau angebbaren Differenzuniversums angelegt wäre (weil ein solches notwendigerweise objektive Relationen voraussetzt und nicht die nicht-relationalen Relationen, die wir suchen). Die erste Bedingung wird mit Hilfe des Begriffs des *Diskurses* erfüllt; die zweite durch jenen des *leeren Signifikanten*; die dritte dadurch, dass der *Name* als Basis des Dings konzipiert wird; die vierte durch die Konzeptionen der *Unebenheit* und des *radikalen Investments*, die sich am deutlichsten in der lacanschen Begrifflichkeit des Objekts klein *a* und in der Logik der Hegemonie – die beide letztlich identisch sind – wiederfinden. Nun will ich die um diese vier Bedingungen angelegte Argumentation zusammenfassen.

Wie ist eine nicht-relationale Relation zu verstehen? Als eine, die nicht in das Feld der Objektivität eingeschrieben werden kann, eben genau deshalb, weil es ihre Funktion ist, dieses Feld zu untergraben; oder, was dasselbe ist, als eine, die die Gegebenheit von Entitäten destabilisiert. Das Aufeinanderprallen zweier gesellschaftlicher Kräfte würde, blieben wir im Bereich ihrer physischen Materialität, völlig in das Feld des ontisch Gegebenen gehören. Das heißt, dass die Negation der Fülle des Seins, die aus dem Antagonismus resultiert, zwar in diesem Feld zum Ausdruck kommt, aber in etwas besteht, das darüber hinausgeht. Die Gegenwart des antagonistischen Anderen hindert mich daran, ganz ich selbst zu sein. Notwendig ist also ein ontologisches Terrain, innerhalb dessen diese aus

dem Antagonismus resultierende Distanz zu mir selbst eingeschrieben werden kann. Dieses Terrain haben wir *Diskurs* genannt und dabei mehrfach klar gemacht, dass Diskurs nicht auf Sprache und Schrift begrenzt ist, sondern alle Signifikationssysteme umfasst. In diesem Sinne ist er gleichbedeutend mit dem gesellschaftlichen Leben. Die wittgensteinsche Konzeption des Sprachspiels, die sowohl die Worte als auch die mit ihnen verbundenen Handlungen umfasst, ähnelt dem, was wir unter ‚Diskurs‘ verstehen. Unser Projekt unterscheidet sich jedoch von dem Wittgensteins insofern, als wir versuchen, die ontologischen Implikationen linguistischer Kategorien – wie z.B. ‚Signifikant/Signifikat‘ oder ‚Paradigma/Syntagma‘ – zu erkunden, die damit aufhören, bloß regionale Kategorien einer eng verstandenen Linguistik zu sein. In mancher Hinsicht könnte man sagen, dass für die Suche nach dem Terrain, auf dem die aus antagonistischen Relationen resultierende Subversion von Identität repräsentiert werden kann, die Rhetorik das privilegierte Untersuchungsfeld sein müsste; denn die Rhetorik besteht eben genau darin, in Folge der tropologischen Bewegung Distanz zur wörtlichen Bedeutung herzustellen. Die Rhetorik ist unzweifelhaft von großer Bedeutung, doch wir sollten dieser Feststellung die wichtige Ergänzung hinzufügen, dass Rhetorizität keine literarische Ausschmückung darstellt, die der Sprache äußerlich wäre; vielmehr ist sie im Innern des linguistischen Prozesses verankert. In einem maßgeblichen Beitrag hat etwa Roman Jakobson Metapher und Metonymie mit dem paradigmatischen bzw. dem syntagmatischen Pol der Sprache assoziiert (auf Grundlage der Beziehungen der Substitution und der Kombination). Diese Sichtweise ist entscheidend für unseren Versuch, das diskursive Terrain als das ontologisch vorrangige darzustellen.

Dieser erste Schritt in Richtung einer diskursiv-rhetorischen Ontologie ist notwendig, aber noch nicht ausreichend. Wenn wir beim jetzt Erreichten verharren, hätten wir einfach eine dialektische oder eine positivistische Ontologie durch eine semiotische ersetzt, aber dieser Wechsel hätte uns hinsichtlich der Erklärung antagonistischer Relationen noch nicht weit vorangebracht. Nach Saussure ist Sprache ein System von Differenzen, und letztere sind im Zusammenhang genauso objektiv wie die Relationen des Widerspruchs und der Realrepugnanz, die wir bereits verworfen hatten. Für unseren Zweck müssen wir noch etwas ergänzen. Folgt man Cicero, so müssen wir auf figürliche Sprache deshalb zurückgreifen, weil es in der Welt mehr zu benennende Objekte gibt, als wir Worte zur Verfügung haben. Natürlich ist das aus seiner Perspektive ein empirischer Mangel. Aber wenn man zeigen könnte, dass es schon in der Struktur der Signifikation etwas in der Art einer *konstitutiven* Unmöglichkeit gäbe, wenn die essentielle Bedingung von Signifikation die Gegenwart von etwas wäre, das nicht signifiziert werden kann, dann wären wir der Lösung unseres Rätsels einen Schritt näher gekommen (der antagonistische Aufeinanderprall, der nicht unmittelbar als objektives Moment repräsentiert werden kann, könnte vielleicht auf andere Weise signifiziert werden, wenn es in der Sprache andere Modi der Signifikation als die direkte, objektive Repräsentation gäbe).

Das Arsenal der Rhetorik kennt einen Modus der Signifikation, der die Komplementarität von wörtlich und figürlich beseitigt. Es handelt sich dabei um die *Katachrese* (ein figürlicher Ausdruck, dem kein wörtlicher entspricht). Mittelbarkeit ist für die katachrestische Signifikation konstitutiv. Aus Gründen, auf die ich hier nicht näher eingehen kann, kann man annehmen, dass es sich bei der Katachrese nicht um eine spezifische Trope handelt, sondern dass sie in allen Tropen vorhanden ist und die Rhetorizität als solche auszeichnet. Wörtlich wären dann einfach jene Ausdrücke, die die Spuren der eigenen Rhetorizität verbergen; folglich wäre Rhetorizität für Sprache konstitutiv.

Das ist so, weil sich – aus Gründen, die ich an anderer Stelle ausgeführt habe² – kein Signifikationssystem anders als durch katachrestische Verschiebungen schließen lässt. Das vollständige Argument findet sich in jenem Aufsatz und ich werde es hier nicht wiederholen, sondern nur die logischen Schritte aufzählen. Es sind die folgenden: (1) Da Sprache – und allgemeiner, jedes Signifikationssystem – wesentlich differentiell funktioniert, bildet ihre Schließung die Bedingung dafür, dass überhaupt Signifikation möglich ist. (2) Jede Schließung erfordert jedoch die Einrichtung von Grenzen, und keine Grenze kann gezogen werden, ohne zugleich das, was sich jenseits befindet, zu setzen. (3) Weil aber das System ein System *aller* Differenzen ist, kann das, was sich jenseits der Grenze befindet, nur von der Art eines Exkludierten sein. (4) Exklusion operiert allerdings auf widersprüchliche Weise: Sie macht auf der einen Seite das System der Differenzen als Totalität erst möglich; doch auf der anderen Seite sind die Differenzen nicht mehr einfach nur Differenzen, sondern gegenüber dem ausgeschlossenen Element miteinander äquivalent. Weil sich diese Spannung logisch nicht vermeiden lässt, ist die Totalität ein Gegenstand, der zugleich unmöglich und notwendig ist. Unmöglich: insofern die Spannung zwischen Äquivalenz und Differenz unüberwindbar ist, gibt es kein Objekt, das dieser Totalität unmittelbar entspricht. Notwendig: ohne ein solches Objekt gäbe es überhaupt keine Signifikation. (5) Folgerung: Das unmögliche Objekt muss repräsentiert werden, jedoch wäre diese Repräsentation *wesentlich* verzerrt und figürlich. Hier betritt die Katachrese die Bühne. Als Mittel der verzerrten Kommunikation stehen nur die partikularen Differenzen zur Verfügung. Daher muss eine dieser Differenzen die unmögliche Totalität verkörpern – ohne dabei allerdings aufzuhören, ein Partikulum zu sein. Aus einem bestimmten Blickwinkel betrachtet, haben wir es hierbei mit der Produktion eines *leeren Signifikanten* zu tun: Dieser signifiziert eine Totalität, die tatsächlich unmöglich ist. Von einem anderen Blickwinkel aus handelt es sich um eine hegemoniale Operation (bzw. die Konstruktion eines Herrens signifikanten im lacanschen Sinne): eine bestimmte Partikularität transformiert ihren eigenen Körper in die Repräsentation einer inkommensurablen Totalität.

2 Vgl. hierzu meinen Aufsatz „Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun?“ (Laclau 2002).

Wir verfügen jetzt über alle Elemente, die für eine Definition der antagonistischen Relation erforderlich sind. Das Moment des antagonistischen Aufeinanderpralls kann nicht direkt repräsentiert werden, aber es kann dennoch signifiziert – bzw., wenn man so will, positiviert – werden durch die Produktion eines leeren Signifikanten (oder vielmehr von zwei leeren Signifikanten: einen auf jeder Seite der antagonistischen Grenze). Das zur eigenen Identität gehörende Lager lässt sich aufgrund der Präsenz der antagonistischen Kraft nicht um die eigene ontische Partikularität schließen; und so muss es sich einerseits durch eine Äquivalenzkette zwischen den eingeschlossenen Inhalten signifizieren und andererseits durch die Produktion eines leeren Signifikanten, der kein Signifikat hat, weil er die unmögliche Fülle der Gemeinschaft repräsentiert. Und auch das, was jede der beiden Kräfte, die sich im Konflikt befinden, auf der anderen Seite der antagonistischen Grenze wahrnimmt, ist nicht ein rein ontischer Inhalt; denn dieser Inhalt dient ebenfalls nur der Repräsentation von etwas, das es nicht ist: der Anti-Gemeinschaft. Dass die ontischen Repräsentationsmittel somit lückenhaft funktionieren, birgt eine Vielzahl politischer Konsequenzen, von denen die wichtigste die essentielle Instabilität der Äquivalenzkette ist: Kein leerer Signifikant kann völlig kontrollieren, welche Verbindungen Teil der Kette sind. Wir können nun klar erkennen, wie die Grenze der Objektivität, die der antagonistische Aufeinanderprall darstellt, signifiziert werden kann. Jede solche Repräsentation wird mit einer ständigen katachrestischen Bewegung einhergehen. Obwohl es keine direkte, objektive Repräsentation des Aufeinanderpralls gibt, zeigt er sich doch in der Subversion des Feldes der Objektivität. Wir sind nicht weit von der lacanschen Vorstellung der Subversion des Symbolischen durch das Reale entfernt.

Es gibt noch zwei weitere transzendente Bedingungen, die die antagonistische Beziehung erfüllen muss, um theoretisch Sinn zu ergeben. Die erste berührt die Frage nach dem theoretischen Status des leeren Signifikanten. Die Antwort auf diese Frage wäre normalerweise recht einfach: Wir haben es mit einem Begriff zu tun. Würde hier nach der Stellung des Konzepts „leerer Signifikant“ innerhalb einer Theoriestruktur gefragt, gäbe es keinen Zweifel, dass wir (gleich welche konkrete Stellung es letztlich auch wäre) eine Entität begrifflicher Natur meinen würden. Aber es geht nicht um diese Frage, sondern um die Beziehung eines leeren Signifikanten zu den Objekten, die unter seiner Bezeichnung gruppiert werden. Wir wissen, dass jede begriffliche Gruppierung als *Unterordnung* verstanden werden müsste. Der Begriff drückt etwas aus, was in jedem Fall seiner Verwendung ohne Änderung reproduziert wird. Ein Begriff kann nur ein allgemeiner sein, und seine Konkretisierungen müssen notwendigerweise etwas reproduzieren, was sie alle gemeinsam haben, einen harten positiven Kern jenseits ihrer partikularen Variationen. Aber was geschieht, wenn dieser gemeinsame Kern fehlt, wenn die Basis einer Äquivalenzbeziehung nicht in einer positiven Eigenschaft besteht, die verschiedenen individuellen gesellschaftlichen Forderungen zugrunde liegt, sondern in ihrer gemeinsamen Opposition zu etwas, durch das sie alle negiert werden? Hier erreichen wir den Kern der antagonistischen

Beziehung: Die Komponenten jedes antagonistischen Pols werden nicht durch ein geteiltes positives Merkmal geeint (in einem solchen Fall hätten wir es mit einer rein objektiven Einheit zu tun), sondern weil sie alle in Opposition zu einer Kraft stehen, mit der sie sich konfrontiert sehen. Somit kann der leere Signifikant – der Ausdruck, der das Ensemble dieser Komponenten zusammenführt – kein Begriff sein, weil die Relation zwischen ihm und den anderen Elementen, die durch ihn in neuer Weise angeordnet werden, keine Unterordnung *begrifflicher* Art ist. Wie wir wissen, ist es für die begriffliche Unterordnung (wofür Kants bestimmendes Urteil in typischer Weise steht) wesentlich, dass die Regel den Fällen ihrer Anwendung vorausgehen muss. Doch die Unterordnung einer Vielzahl von äquivalenziellen Verknüpfungen unter einen leeren Signifikanten kann wegen der Heterogenität dieser Verknüpfungen, deren einziges gemeinsames Merkmal negativer Art ist, kein begrifflicher Vorgang sein. Wenn aber die Verbindung eines leeren Signifikanten zu den durch ihn vertretenen Elementen nicht begrifflicher Art ist, welcher Art ist sie dann?

Von der Art eines *Namens*. Hier muss ich kurz erläutern, worin ich den Unterschied zwischen einer nominalen und einer begrifflichen Ordnung sehe. Die entscheidende Frage ist: Wie verweisen Namen auf Objekte? In meinem Buch *On Populist Reason* (Laclau 2005) habe ich diese Frage aufgenommen und argumentiert, dass die beiden wichtigsten Ansätze – Deskriptivismus und Anti-Deskriptivismus – dort unterschiedliche Wege einschlagen, wo es um den zentralen Punkt geht, ob das Verweisen mit begrifflicher Vermittlung einhergeht. Die klassische deskriptivistische Position – in ihren unterschiedlichen Formulierungen von John Stuart Mill bis Bertrand Russell – geht davon aus, dass jede Objektreferenz begrifflicher Vermittlung bedarf. Jeder Name wird mit einem Set deskriptiver Merkmale assoziiert, so dass ich diesen Namen anwende, wenn ich in der Welt ein Objekt finde, welches diese Merkmale aufweist. Wir befinden uns also völlig im Bereich der kantischen bestimmenden Urteilskraft: Ohne die deskriptiven Merkmale, die als Regel für die Zuschreibung eines Namens zu einem Objekt fungieren, wäre diese Zuschreibung gänzlich willkürlich. Die zweite Sichtweise ist der anti-deskriptivistische Ansatz, der mit den Arbeiten von Saul Kripke und seinen Schülern verbunden wird: Hier gibt es keine begriffliche Vermittlung; das Benennen ist eine Taufe ohne das Fundament einer allgemeinen Regel. Man muss es nicht eigens sagen, dass unsere Ansicht, die sich eindeutig von der Vorstellung einer begrifflichen Unterordnung entfernt, klar im anti-deskriptivistischen Lager zu verorten ist – allerdings mit einem Vorbehalt: Wenn auch die Taufe beinhaltet, dass einem Objekt ohne jede begriffliche Vermittlung ein Name zugeschrieben wird, so bleibt doch weiterhin das Problem, ob die Einheit des Objekts *gegeben* ist, so dass mit dem Namen nur etwas abgenickt wird, was schon vor dem Prozess des Benennens erreicht war; oder ob es sich stattdessen so verhält, dass die Einheit des Objekts aus dem Akt des Benennens folgt. Alles, was wir über ‚leere Signifikanten‘ gesagt haben, deutet schon darauf hin, dass unseres Erachtens allein die zweite Variante zutreffend ist. Um es in lacanscher

Diktion zu sagen: Die Einheit des Objekts ist nur der retroaktive Effekt des Benennens. Die Erklärung hierfür ist einfach: Wenn die verschiedenen Komponenten, die ein Objekt näher bestimmen, bereits vor dem Akt des Benennens wesentliche Merkmale gemeinsam hätten, dann wäre der Akt des Benennens nur der begrifflichen Vermittlung nachgeordnet. Aber wenn diese Merkmale heterogen und folglich radikal kontingent sind, kann die Einheit des Objekts nirgends anders herrühren als vom Akt des Benennens. Das erklärt unsere These, dass *der Name das Ding begründet*. Und es zeigt auch, weshalb die Art der Einheit, die ein leerer Signifikant im diskursiven Terrain herstellt, nicht mit begrifflicher Unterordnung erklärt werden kann.

Noch ein weiteres Strukturelement unseres Ansatzes muss hervorgehoben werden. Bislang haben wir gezeigt, wie das Reale symbolische Muster untergräbt, wie die Grenze der Objektivität dieses Muster beeinflusst, so dass es innerlich verzerrt wird. Entscheidend für diese Verzerrung ist die Produktion leerer Signifikanten. Diese verfügen – und das ist eine ihrer Schlüsseleigenschaften – über einen Strahlungseffekt, der über alle strukturell determinierbaren Orte hinausreicht. Das bedeutet, dass das, was man in die leeren Signifikanten investiert, nicht strukturell vorgegeben sein kann, denn sonst wäre dieses Investment vollends objektiv und der disruptive Effekt der leeren Signifikanten wäre verloren. Aus diesem Grund sprechen wir von *radikalem Investment*. Es ist ‚radikal‘, weil es zur Gänze von außen kommt, und es ist ein ‚Investment‘ – fast im finanziellen Sinn –, weil man ein Strukturelement mit einem Wert versieht, der nicht aus seinem Platz in der Struktur hervorgeht. Daher liegen auch alle Versuche, ein Strukturelement gegenüber anderen zu privilegieren – etwa im Fall der berühmten „Bestimmung in letzter Instanz“ durch die Ökonomie –, völlig falsch. Eine solche Bestimmung könnte nur ein objektiver Effekt sein und sie könnte die Begrenzung der Objektivität, die aus der antagonistischen Präsenz resultiert, nicht erklären.

Doch welcher Art ist dann ein Investment, das wirklich radikal ist? Nach unserer Auffassung kann es nur *affektiver* Art sein. Diese Behauptung erfordert jedoch eine vorsorgliche Warnung. Es wäre falsch anzunehmen, Signifikation sei der Seite der Objektivität zugeordnet, wohingegen das affektive Investment eine Größe wäre, die dem Signifikationsprozess völlig fremd ist. Dies wäre, wie ich an anderer Stelle gezeigt habe (Laclau 2004), eine fehlerhafte Unterteilung. Denn erstens ist Signifikation auf Affekt angewiesen, insofern als der paradigmatische Pol der Sprache – den Saussure in aufschlussreicher Weise ‚assoziativ‘ nannte – Substitutionen erforderlich macht, die nur vermittels individueller Erfahrung möglich sind; und zweitens ist Affekt keine Größe, die vollkommen außerhalb der Signifikation konstituiert wird, sondern existiert nur im Zuge der differentiellen Kathexis einer Signifikantenkette. Hier habe ich versucht, die Logik der Hegemonie mit der des Objekts klein *a* der lacanschen Theorie zu verknüpfen, und zwar insbesondere mit der Lesart der lacanschen Theorie, wie sie in den Arbeiten von Joan Copjec vorgenommen wird (Copjec 2002). Nach Lacan dient die Sub-

limierung dazu, ein Objekt zur Würde des Dings zu erheben (des freudschen Dings natürlich). Das bedeutet, dass ein bestimmtes partielles Objekt aufhört, eine Partialität innerhalb einer Totalität zu sein – damit wäre sie auf ein bloßes Moment einer globalen Struktur reduziert –, und stattdessen zur Partialität wird, die die Totalität *ist*. Das ist allerdings genau die Rolle, die wir dem ‚leeren Signifikanten‘ bei der Konstituierung hegemonialer Formierungen zugeschrieben haben. Somit sind die Logik des Objekts klein *a* und die der Hegemonie nicht einfach homolog: Sie sind identisch, denn beide zeigen, wie strukturelle Effekte möglich sind, ohne dass sie jedoch strukturell determiniert sind. Die Konsequenzen dieser letzten Behauptung vollends zu verstehen, ist von hoher Bedeutung. Eine hundertprozentige Übereinstimmung von struktureller Determination und strukturellen Effekten könnte es nur geben, wenn die Struktur eine *causa sui* wäre; sie müsste dafür, mit anderen Worten, eine Art spinozaische Eternität sein. Und genau das wird von all jenen Theorien vorausgesetzt, die die Produktionsweise zum *fundamentum inconcussum* des Sozialen gemacht haben. Sobald wir aber diese Selbstdetermination durch die Präsenz eines heterogenen Anderen unterlaufen – wie im Fall des Antagonismus – wird der Zusammenhang zwischen strukturellen Effekten und struktureller Determination tendenziell aufgebrochen; damit ist zugleich gesagt, dass letztere ein Machtsystem darstellt, das wie jede Macht gegenüber etwas ihm bzw. ihr Äußerlichen zum Einsatz kommt. Mit anderen Worten: Sobald man nicht länger von der Selbstdetermination ausgeht, hat jede strukturelle Konfiguration Existenzbedingungen, die nicht schon an sich gegeben sind. Im Falle von Produktionsweisen bedeutet das, dass sie, da sie als Existenzbedingungen nicht das Resultat einer wie auch immer gearteten Determination in letzter Instanz sind, Teil eines artikulierten Ganzen sind, das sie mitkonstituieren. Aus diesem Grund muss das Konzept der ‚Produktionsweise‘ durch das der ‚hegemonialen Formierung‘ ersetzt werden.

An diesem Punkt können wir uns wieder der Frage nach dem Übergang vom Marxismus zum Post-Marxismus zuwenden. Der Ausgangspunkt war, dass die zwei Annahmen, die das Feld des klassischen Marxismus aufspannen, letztlich inkompatibel sind: einerseits die Annahme, dass die Geschichte zusammengehalten würde durch den Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den verschiedenen Systemen von Produktionsverhältnissen – ein Geschehen, in dessen Zentrum Gesetze historischer Notwendigkeit stehen; und andererseits die Idee der entscheidenden Bedeutung des Klassenkampfes, die wenigstens potenziell die Möglichkeit kontingenter Ergebnisse eröffnete. Wenn die widersprüchliche Natur dieser beiden Annahmen lange Zeit verborgen geblieben ist, so geschah das aufgrund der Art, in der sie im marxistischen Diskurs artikuliert wurden. Die objektivistische Komponente war dominant und begrenzte die volle Ausdehnung jener Logik, die implizit im Begriff des gesellschaftlichen

Antagonismus angelegt war. Man muss nur an die Rolle denken, die die Kategorie der ‚historischen Notwendigkeit‘ im Marxismus der Zweiten Internationale spielte, um zu erkennen, welche Begrenzung sie der politischen Kreativität und Vorstellungskraft auferlegte. Sobald jedoch der Glaube an die historische Notwendigkeit geschwächt war, brachen die Dämme, die die marxistischen Dogmen darstellten, an allen Stellen. Man muss jedoch darauf hinweisen, dass es sich dabei nicht um einen Kollaps handelte, sondern vielmehr ein geordnetes Überschwappen: Sobald es nicht mehr durch die Annahme einer objektiv begründeten Grenze eingeengt war, entwickelte sich ganz einfach das Potenzial, das in der zentralen Stellung des Klassenkampfes als Motor des historischen Wandels angelegt war. Die Bewegung vom Marxismus zum Post-Marxismus ist zu einem großen Teil die Geschichte dieses Übergangs.

Es ist vielleicht paradox, dass das erste Opfer dieses Übergangs eben jener zentrale Begriff war, der ihn möglich gemacht hatte: der ‚Klassenkampf‘. Weshalb? Der Grund liegt in der Heterogenität, die wir im Innern der Konzeption des gesellschaftlichen Antagonismus ausgemacht hatten. Wenn sich Antagonismus auf dialektische Weise erklären ließe (A – nicht A), gäbe es kein Problem: Sowohl der Aufeinanderprall als auch die Akteure des Aufeinanderpralls würden im selben Moment determiniert. Aber es wurde bereits erklärt, weshalb das Konzept des dialektischen Übergangs nicht in der Lage ist zu erklären, was bei einer antagonistischen Konfrontation geschieht. Wenn man jedoch die Heterogenität, die wir im Herzen der antagonistischen Relation vorgefunden haben, annimmt, wenn die beiden Pole dieser Relation nicht demselben Raum der Repräsentation angehören, dann gibt es auch keine Möglichkeit mehr, die Wurzeln von Kämpfen in einer partikularen sozialen Kategorie wie der der Klasse zu verorten.

Wir wollen die wirklichen Dimensionen einer heterogenen Relation betrachten. Wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe, scheidet die Möglichkeit, das Moment der radikalen Heterogenität in einem dialektischen Übergang zu finden, aus. Sehen wir uns beispielsweise die Vorstellung an, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse seien inhärent antagonistisch. Im Rahmen einer dialektischen Konzeption, die Antagonismus auf Widerspruch reduziert, bestünde die erste Aufgabe darin, ein homogenes Terrain zu finden, auf welchem sich der Widerspruch entwickeln kann. Um das zu tun, muss man aber sowohl den Kapitalisten als auch den Arbeiter darauf reduzieren, eine ökonomische Kategorie zu sein: Käufer bzw. Verkäufer von Arbeitskraft. Dann ließe sich folgern, dass die Beziehung zwischen beiden intrinsisch antagonistisch ist, weil der Kapitalist dem Arbeiter Mehrwert entzieht. Aber diese Folgerung ist unzulässig. Die Beziehung wird nur zu einer antagonistischen, wenn der Arbeiter der Abschöpfung des Mehrwerts *Widerstand* entgegensetzt – aber man kann die Kategorie ‚Verkäufer von Arbeitskraft‘ solange analysieren, wie man will, und wird dennoch nicht in der Lage sein, von ihr die Kategorie ‚Widerstand‘ logisch abzuleiten. Dieselbe Reduktion des Kapitalisten und des Arbeiters auf ökonomische Kategorien, die für die Konstruktion eines homogenen Raums der dialektischen Vermittlung er-

forderlich ist, verunmöglicht es also zugleich, das spezifisch antagonistische Moment der Relation zwischen beiden zu denken. Warum aber kann ein Antagonismus zwischen Arbeitern und Kapitalisten bestehen? Wegen der Art und Weise, in der der Arbeiter *außerhalb* der Produktionsverhältnisse konstituiert wird (die Tatsache, dass er oder sie unterhalb eines bestimmten Lohnniveaus kein anständiges Leben leben kann etc.). Aber wenn das der Fall ist, dann ist der Konflikt nicht *in* den Produktionsverhältnissen angelegt, sondern *zwischen* den Produktionsverhältnissen und der Art und Weise, in der gesellschaftliche Akteure außerhalb dieser Verhältnisse konstituiert werden. Die Schlussfolgerung ist klar: Die zwei Räume der Repräsentation (jener des Arbeiters und jener des Kapitalisten) sind radikal heterogen, wodurch das Terrain, auf dem eine dialektische Vermittlung möglich gewesen wäre, zerstört ist.

Hieraus folgen unmittelbare Konsequenzen. Sobald wir geschlossen haben, dass Antagonismen heterogene Räume symbolischer Repräsentation voraussetzen, die nicht dialektisch vermittelt sind, gibt es keinen Grund mehr dafür anzunehmen, dass die privilegierten Punkte einer antagonistischen Konfrontation in den Produktionsverhältnissen zu finden sind. Die kapitalistische Entwicklung kreiert viele andere Orte des Konflikts: ökologische Krisen, Ungleichgewichte zwischen den verschiedenen ökonomischen Sektoren, imperialistische Ausbeutung etc. Folglich gibt es aber viele Subjekte des ‚anti-kapitalistischen Kampfes‘, sie können nicht auf eine so einfache Kategorie wie die der ‚Klasse‘ reduziert werden. Es wird eine Pluralität der Kämpfe geben. Die Zahl der Kämpfe in unserer Gesellschaft nimmt zu, je mehr wir in die globalisierte Ära eintreten, aber es handelt sich dabei immer weniger um ‚Klassen‘-Kämpfe. Man könnte natürlich – wie Marx im 19. Jahrhundert – argumentieren, dass es in kapitalistischen Gesellschaften eine Tendenz zur Vereinfachung der sozialen Struktur gebe, mit der Folge, dass wir uns einer Situation annähern, in der es zu einem letzten Showdown der Geschichte käme, einer einfachen Konfrontation zwischen Arbeitern und Kapitalisten. Selbst ein kurzer Blick auf die Gegenwartsgesellschaften genügt jedoch, um diesen Einwand ohne viel Aufhebens beiseite zu wischen.

Unsere Analyse hat zur Konsequenz, vom Primat der Politik bei der Strukturierung sozialer Räume auszugehen. Es stellt sich nicht länger die Frage nach irgendwelchen infrastrukturellen Logiken, die hinter unserem Rücken die Zukunft unserer Gesellschaften determinieren. Zwar ist richtig, dass das *Politische* – die Welt kontingenter Artikulationen – durch das *Soziale* – das Feld sedimentierter sozialer Praktiken – begrenzt wird, aber die sozialen Automatismen des Letzteren legen die Strukturierung unserer Gesellschaften immer weniger fest. Auch in diesem Bereich sind die Effekte der Globalisierung deutlich sichtbar.

Eine zweite Konsequenz besteht darin, dass politische Akteure in gewissem Umfang *immer populare*³ Akteure sein werden. Als ‚Volk‘ verstehen wir einen

3 Anmerkung des Übersetzers: Das englische Wort „popular“ wird im Allgemeinen als „populär“ ins Deutsche übertragen. Das verfehlt mit Blick auf die Laclau'sche Theo-

kollektiven Akteur, der infolge einer äquivalenziellen Re-Aggregation einer Vielzahl von Forderungen um einen Knotenpunkt oder leeren Signifikanten entsteht. Die Konstituierung populärer Akteure wird auf zwei Arten begrenzt. Die erste Begrenzung steht in Verbindung zur Sektoralisierung gesellschaftlicher Forderungen. Aus der Heterogenität, die in Bezug auf gesellschaftliche Antagonismen besteht, können – außer in Perioden organischer Krisen – niemals unbegrenzte Äquivalenzketten entstehen. Eine Forderung kann sich daher stets nur in begrenzter Weise ‚populistisch‘ einschreiben, wobei die Grenzen konjunkturellem Wandel unterliegen. Es gibt also eine Spannung zwischen der Fähigkeit einer Gruppe, in andere Sektoren hegemonial hinein zu agieren, und ihrer objektiven Verortung innerhalb eines Systems von Beziehungen, das der hegemonialen Öffnung Grenzen auferlegt. Beispielsweise kann eine Gewerkschaft als Sammelpunkt für eine Reihe von gesellschaftlichen Forderungen fungieren, aber die Tatsache, dass sie innerhalb eines genau gegebenen Rahmens die Interessen von Arbeitnehmern verteidigen muss, kann ihre hegemonialen Ambitionen einschränken. Die ganze gramscianische Dialektik zwischen ‚korporativer‘ und ‚hegemonialer‘ Klasse stellt diese Spannung am besten dar. (Wenn wir nun von strukturellen Begrenzungen sprechen, die aus einem bestimmten Rahmen resultieren, kehren wir damit nicht zur ‚objektivistischen‘ Infrastruktur zurück, die wir oben kritisiert hatten. Wir behaupten nicht, dass diese strukturellen Begrenzungen das Fundament der Geschichte seien und dass ihre Widersprüche den Verlauf der Geschichte erklären könnten, sondern dass jeder gesellschaftliche Zustand daraus resultiert, dass ein symbolischer Rahmen und ein heterogenes Anderes, welches diesen Rahmen in Frage stellt, zusammenwirken.)

Bislang haben wir uns mit den Möglichkeiten und Hindernissen einer gegen das System gerichteten Mobilisierung befasst. Die zweite Konsequenz unserer Ausführungen berührt nun die Gegenbewegung, die Reaktion derjenigen, die an der Macht sind, gegen die antagonistische Mobilisierung. Ganz allgemein kann diese Politik in einer Formel zusammengefasst werden: die Demobilisierung des Underdogs. Die antipolitische Handlungsweise *par excellence* besteht in der Bewerkstelligung eines Zustandes, in welchem alle Interessen korporativ inkludiert werden, was die Formierung eines ‚Volkes‘ verhindert. Die saint-simonsche Formulierung „von der Regierung von Personen zur Verwaltung von Sachen“ bringt diese Tendenz schön zum Ausdruck. In meinem Buch über den Populismus habe ich ausgeführt, dass die Regierung von Mexiko unter der Herrschaft der PRI hinsichtlich der Aufnahme einzelner Forderungen relativ flexibel war. Was aber nicht toleriert wurde, war das, was *el paquete* (das Paket) genannt wurde – das

rie aber den Kern der Sache, da „populär“ eher eine Nähe zu „bekannt“, „volksnah“ oder „volkstümlich“ hat, während das englische „popular“ in diesem Zusammenhang eher so etwas wie „volksbezogen“ meint. Die Übersetzung „popular“ wähle ich in Anlehnung an die deutsche Übersetzung von Gramscis „popolare“, das als unmittelbarer Kontext von Laclaus „popular“ gelten kann. Eine ausführliche Begründung für diese Übersetzung im Gramsci-Text gibt Bochmann (1991: 20).

heißt ein umfassendes Set von als äquivalent artikulierten Forderungen, das eine größere politische Wende impliziert hätte. Es gibt allerdings auch einen Populismus von der Position der Macht aus, und zwar dann, wenn für ein größeres Unterfangen, das drastische Änderungen im Institutionensystem mit sich bringt, eine populäre Mobilisierung notwendig ist.

Wir können uns nun ein letztes Mal der Geschichte des Marxismus zuwenden, um zu begreifen, wie das ‚institutionalistische‘ und das ‚populistische‘ Moment miteinander kombiniert und so zwiespältige politische Effekte produziert wurden. Zunächst war der Marxismus der Inbegriff der Weigerung, populistische Neuordnungen welcher Art auch immer zu unterstützen. Die revolutionäre Perspektive konnte dennoch aufrechterhalten werden, weil man, indem man sich auf die Verteidigung der Interessen der Arbeiter konzentrierte und den Rest den ‚Gesetzen der historischen Notwendigkeit‘ überließ, letztlich die große Masse der Bevölkerung repräsentieren würde, sobald der Prozess der Proletarisierung weit genug fortgeschritten wäre. Die Kombination des illusorischen Charakters dieser prophezeienden Politik und der tatsächlichen Politik, die dadurch ermöglicht wurde – die Verteidigung der Standesinteressen der Arbeiter –, hatte eine lähmende Wirkung. Die Position der Gewerkschaften war weit davon entfernt, eine Art ‚freies Territorium‘ zu sein. Vielmehr war sie Teil des institutionellen Systems in den jeweiligen Ländern, mit der Konsequenz, dass dann, als diese bedroht waren (wie 1914), die ‚nationale‘ Solidarität wichtiger wurde als die Ideologie der ‚Klasse‘. Mit der Spaltung der Arbeiterbewegung und dem Entstehen der Komintern zeigte sich die Schwäche eines reinen ‚Klassismus‘ noch deutlicher: Die Zickzack-Oszillation zwischen ultralinkem Abenteuerertum und opportunistischer Anpassung an den Status quo wurde zum Kennzeichen kommunistischer Politik. Die ‚Bolschewisierung‘ der kommunistischen Parteien in den 1920er Jahren besiegelte die Festlegung auf eine im Wesentlichen anti-hegemoniale Orientierung. Nur in den wenigen Fällen, in denen die stalinistische Kontrolle nachließ und einige kommunistische Bewegungen in der Lage waren, sich in Knotenpunkte eines größeren nationalen und populären kollektiven Willens zu verwandeln, gab es ein anderes Ergebnis als eine desaströse Niederlage. Maos Langer Marsch und Titos Partisanenkrieg waren vielleicht die beiden wichtigsten Siegeserfahrungen; beide beruhten auf der Konstruktion breiter populärer Identitäten und machten die Beschränkungen einer reinen ‚Klassenkampfstrategie‘ deutlich. Gramscis Theoretisierung, die ihr Zentrum in den Begriffen der ‚Hegemonie‘ und des ‚kollektiven Willens‘ hatte, war der Hauptausdruck einer Alternativstrategie, die allerdings nur wenige Anhänger fand.

Ein letzter Punkt ist noch offen. Was ist mit der ‚Ideologie‘, die im Titel dieses Beitrags auftaucht? Im Terrain des Marxismus gab es zwei Konzeptionen der Ideologie, und beide sollten meines Erachtens verworfen werden. Die erste Kon-

zeption war die des ‚falschen Bewusstseins‘; die zweite die der Ideologie als notwendige Dimension jeder gesellschaftlichen Formation. Die erste Option ist verknüpft mit der Möglichkeit eines ‚wahren‘ Bewusstseins einer mit sich versöhnten Menschheit – und in manchen Versionen ist Ideologie das Gegenteil von Wissenschaft. Der Essentialismus dieser Sichtweise ist heute völlig diskreditiert. Die zweite Option hingegen besitzt deshalb keine Attraktivität für gegenwärtige Theorieentwürfe, weil sie zu sehr in Verbindung zu der Vorstellung einer naturalistischen Infrastruktur steht, die sich im Denken der Menschen in der Form verzerrter Ideen widerspiegelt. Ich zögere jedoch, den Begriff der Ideologie gänzlich aufzugeben. Ich denke, er kann beibehalten werden, aber nur, wenn man seiner Bedeutung einen bestimmten Dreh gibt. Wie wir oben gesehen haben, hat jede prekäre Stabilisierung von Bedeutung etwas wesentlich Katachrestisches. Jede ‚Schließung‘ ist notwendig tropologisch. Das bedeutet, dass diejenigen diskursiven Formen, die innerhalb eines bestimmten Kontexts den Horizont der insgesamt möglichen Repräsentation konstruieren, die also die Grenzen des ‚Sagbaren‘ etablieren, notwendig figurativ sein werden. Sie sind, in den Worten Hans Blumenbergs, ‚absolute Metaphern‘, ein gigantisches *als ob*. Diese Operation des Schließens würde ich weiterhin *ideologisch* nennen, was in meinem Vokabular, wie nun klar sein sollte, in keiner Weise eine pejorative Konnotation hat.

Übersetzung: Martin Nonhoff

Literaturverzeichnis

- Bochmann, Klaus (1991): „Editorische Vorbemerkung“. In: Antonio Gramsci: *Gefängnishefte*. Band 1. Hamburg: Argument, 15-20.
- Copjec, Joan (2002): *Imagine there's no woman*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Laclau, Ernesto (2002): „Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun?“. In: ders.: *Emanzipation und Differenz*. Wien: Turia + Kant, 65-78.
- (2004): „Glimpsing the Future“. In: Simon Critchley und Oliver Marchart (Hrsg.): *Laclau. A Critical Reader*. London, New York: Routledge, 279-328.
- (2005): *On Populist Reason*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto und Chantal Mouffe (1991[1985]): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen.

